

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan EyII Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Öffentlichkeit Reihenfolge nach Datum	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		Keine Anregung der Öffentlichkeit eingetroffen.	

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
1	Thyssengas GmbH vom 11.05.2023	<p>Von dem zuvor genannten behördlichen Verfahren werden weder geplante noch vorhandene Anlagen unserer Gesellschaft betroffen.</p> <p>Unter der Voraussetzung, dass die Planungsgrenzen beibehalten werden, ist eine weitere Beteiligung an dem Verfahren nicht erforderlich.</p> <p>Von der Nordrheinischen Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (NETG) sind wir für den Bereich von Emmerich-Elten bis Kempen-St. Hubert mit der technischen Leitungsverwaltung und Überwachung beauftragt. Gasfernleitungen und Anlagen der NETG sind nicht betroffen.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
2	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr vom 15.05.2023	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
3	Wasser- und Bodenverband Gelderner Fleuth vom 15.05.2023	<p>Seitens des Wasser- und Bodenverbandes Gelderner Fleuth bestehen keine Bedenken gegen die Ausführungen des o.g. Bebauungsplans.</p> <p>Das Plangebiet liegt innerhalb des Verbandsgebietes; Verbandsanlagen sollen nicht berührt werden.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
4	N.V. Rotterdam-Rijn-Pijpleiding Maatschappij vom 15.05.2023	<p>Die Rotterdam-Rijn Pijpleiding Maatschappij, nachfolgend RRP genannt, betreibt zwei überregionale, unterirdische Rohölpipelines (L7 Venlo–Wesel und L8 Venlo–Weseling). Die Leitungen transportieren unter hohem Druck leicht entzündliches / brennbares Rohöl der Gefahrenklasse A I zur Versorgung von Raffineriebetrieben und Tanklagern.</p> <p>Anhand Ihrer o.g. Meldung haben wir festgestellt, dass unsere Ölferrleitungen von Ihrem Vorhaben/Bereich nicht betroffen sind.</p> <p>Falls für Ihre Maßnahme ein Ausgleich gefordert wird, muss sichergestellt sein, dass dieser nicht im Schutzstreifen unserer Leitungen stattfindet. Sollten diese Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, bitten wir Sie um erneute Beteiligung.</p> <p>Weiterhin</p> <ul style="list-style-type: none"> empfehlen wir bei der Planung von Wohnhäusern, Hochhäusern oder Gebäude, in denen sich Menschen aufhalten, immer ein Abstand zur Fernleitung von mindestens 25 Meter, falls möglich noch mehr anzuhalten. bitten wir Sie, für Anfragen zur Leitungsauskunft oder behördliche Planungen (wie Bebauungspläne, Flächennutzungspläne usw.) nur noch die kostenfreie 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Der erforderliche Ausgleich kann vollständig im Plangebiet realisiert werden. Eine externe Ausgleichsfläche ist nicht erforderlich.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		BIL Leitungsauskunft zu nutzen! www.bil-leitungsauskunft.de (Einfach, Schnell und Kostenfrei)	
5	Amprion GmbH vom 16.05.2023	<p>Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p> <p>Bitte beteiligen Sie uns zukünftig unter leitungsauskunft@amprion.net an Ihren Bauleitplanungen.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
6	Landesbetrieb Straßenbau NRW vom 19.05.2023	<p>Die Belange der von hier betreuten Straße L 140 Abs 6 werden durch Ihre Planung berührt.</p> <p>Unter Beachtung der allgemeinen Forderungen an Landstraßen (Anlage) und Anregungen bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Die in die L 140 einmündende Erschließungsstraße ist so auszubauen, dass ein Begegnungsverkehr LKW/PKW stattfinden kann, die Schleppkurven sind nachzuweisen.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es erfolgt eine fachliche Abstimmung zwischen der KKB, der Gemeinde Kerken und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW. Die technische Planung wurde an ein Tiefbauingenieurbüro beauftragt. Ein Auftakttermin zwischen KKB, der Gemeinde Kerken und dem beauftragten Büro fand am 05.04.2023 bei der Gemeindeverwaltung Kerken statt. Unter diesen Voraussetzungen kann für die vorliegende Ebene des Bebauungsplans davon ausgegangen werden,

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs dürfen nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Gegenüber der Straßenbauverwaltung können weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden. Für Hochbauten weise ich auf das Problem der Lärm-Reflexion hin.</p> <p>Mit der Bitte um die Beteiligung im weiteren Verfahren.</p>	<p>dass die verkehrstechnischen Belange hinreichend Berücksichtigung finden. Die Tiefbauplanung liegt vor und wurde in den Bebauungsplan (Querschnitte, Radien, Entwässerung) übernommen.</p> <p>Der Hinweis bzgl. des Lärmschutzes wird ebenfalls zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ansprüche auf Lärmschutz sind nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens.</p>
7	Handwerkskammer Düsseldorf vom 23.05.2023	<p>Wir beziehen dazu insoweit Stellung, als wir die Belange des Handwerks durch die vorliegende Planung aktuell nicht betroffen sehen. Bedenken oder Anregungen bringen wir daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vor.</p> <p>Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB haben wir keine Hinweise.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
8	Westnetz GmbH vom 24.05.2023	Wir arbeiten als Netzbetreiber im Bereich der Hoch-, Mittel-, Niederspannung <= 110 kV und Nachrichtentechnik im Namen und für Rechnung der Westnetz GmbH als Eigentümerin der Anlagen und bedanken uns für die Beteiligung an den o. g. Verfahren.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die genannten Hinweise werden im Verlauf der nachfolgenden Genehmigungsplanung beachtet. Auf dieser Ebene erfolgt eine Abstimmung mit allen Versorgungsträgern zur Absprache der exakten Planung, Leitungsführungen und Bauabwicklung.

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Im Geltungsbereich des o. g. Verfahrens verläuft ein Mittelspannungskabel, welches für die öffentliche Stromversorgung von großer Bedeutung ist und somit durch die Umsetzung der o. g. Verfahren nicht gefährdet werden darf.</p> <p>Vor Inangriffnahme etwaiger Tiefbauarbeiten muss grundsätzlich über unser Online-Portal: https://Bauauskunft.westnetz.de eine Planauskunft eingeholt sowie im Bereich der geplanten Arbeiten Suchschlitze durchgeführt werden, um die genaue Lage der Versorgungsleitungen festzustellen und somit eine Gefährdung dieser ausschließen zu können.</p> <p>Das hier erwähnt Mittelspannungskabel wurde seiner Zeit gemäß Konzessionsvertrag verlegt.</p> <p>Sollte es im Zusammenhang mit den o. g. Verfahren zur Verschmelzung mehrerer Flurstücke kommen, regen wir hierzu eine langfristige Sicherung dieser dringend benötigten Versorgungsleitung, mittels Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch an.</p> <p>Unter Berücksichtigung der vorgenannten Punkte bestehen seitens der Westnetz GmbH keine Bedenken gegen die Umsetzung der o. g. Verfahren.</p>	<p>Es ist im Rahmen der Erd- und Tiefbauarbeiten insbesondere darauf zu achten, dass der Bestand und Betrieb der Leitungen gewährleistet bleibt. Die Eintragung von Dienstbarkeiten wird bei Bedarf geprüft.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
9	KKB Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH vom 24.05.2023	Wir haben hier keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
10	Deutsche Telekom Technik GmbH vom 24.05.2023	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.</p> <p>Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Hinweis: Bitte nutzen Sie zukünftig folgendes Postfach: t_nl_west_pti_13_betrieb@telekom.de Das alte Postfach wird abgeschaltet!</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.</p> <p>Die Aufwendungen der Telekom müssen bei der Verwirklichung des Bebauungsplans so gering wie möglich gehalten werden.</p> <p>Deshalb bitten wir, unsere Belange wie folgt zu berücksichtigen: Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die genannten Hinweise werden im Verlauf der nachfolgenden Genehmigungsplanung beachtet.</p> <p>Auf dieser Ebene erfolgt eine Abstimmung mit allen Versorgungsträgern zur Absprache der exakten Planung, Leitungsführungen und Bauabwicklung.</p> <p>Es ist im Rahmen der Erd- und Tiefbauarbeiten insbesondere darauf zu achten, dass der Bestand und Betrieb der Leitungen gewährleistet bleibt.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>Wir bitten, die Verkehrswege so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom anzupassen, dass diese Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.</p>	
11	Pledoc GmbH vom 30.05.2023	<p>Wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen ▪ Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen ▪ Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg ▪ Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen ▪ Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen ▪ Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund ▪ Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen ▪ Uniper Energy Storage GmbH, Düsseldorf Erdgaspeicher Epe, Eschenfelden, Krummhörn 	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	
12	Kreis Kleve vom 12.06.2023	<p>Zur o.g. Planung wird von mir folgende Stellungnahme vorgetragen.</p> <p>Als Untere Naturschutzbehörde bzgl. des Artenschutzes:</p> <p>Aus Sicht des Artenschutzes bestehen gegen o.g. Vorhaben Bedenken.</p>	<p><u>Zur Unteren Naturschutzbehörde bzgl. des Artenschutzes:</u></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die erforderliche vertiefende Artenschutzprüfung (Stufe II) liegt vor. Eine Betroffenheit planungsrelevanter Arten durch die</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Im vorgelegten Artenschutzrechtlichen Gutachten (seeing+kappert 2023, nur ASP Stufe 1) konnten verschiedene geschützte Arten im Plangebiet nicht ausgeschlossen werden. Daher ist – folgerichtig – eine Artenschutzprüfung Stufe II gemäß Leitfaden notwendig. Erst nach deren Vorlage (inkl. ggf. notwendiger Vermeidungs- bzw. Kompensationsmaßnahmen) kann eine abschließende Stellungnahme meinerseits erfolgen. Ich bin daher erneut zu beteiligen.</p> <p>Als Untere Naturschutzbehörde bzgl. des Naturschutzes:</p> <p>Gegen die Planung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, ich weise jedoch darauf hin, dass in den vorliegenden Planunterlagen Aussagen dazu fehlen, wie die Belange von Natur und Landschaft in hinreichendem Maße zu berücksichtigten und planungsrechtlich zu sichern sind.</p> <p><u>Umweltbericht</u> Der geringen Wertschätzung des Landschaftsbildes wird nicht gefolgt: Zwar stellt sich die Landschaft hier als „ausgeräumt“ und intensiv ackerbaulich genutzt dar, ist aber in diesem Bereich zwischen Nieukerk und Eyll bislang frei von Bebauung. Dies findet auch in der Landschaftsbildbewertung des LANUV Berücksichtigung, die diesen Bereich der mittleren</p>	<p>Realisierung der Bauleitplanung wird darin ausgeschlossen. Unter Beachtung der im Artenschutzbeitrag genannten Vermeidungsmaßnahmen sind erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen nicht zu erwarten.</p> <p><u>Zur Unteren Naturschutzbehörde bzgl. des Naturschutzes:</u></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Belange von Natur und Landschaft sind in Form der Erstellung des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags und der Übernahme von dessen Ergebnissen in den Bebauungsplan bzw. den Umweltbericht, hinreichend berücksichtigt worden.</p> <p>Zum Umweltbericht: Abschließende und verbindliche Aussagen zur Landschaftsbildbewertung und zur Eingrünung des Plangebiets erfolgten nach Vorliegen des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags. Die dort detailliert beschriebenen Eingrünungsmaßnahmen wurden in den Bebauungsplan übernommen.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan EyII Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Wertstufe zuordnet. Die optische Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die Errichtung der Baukörper aufgrund der exponierten Lage wird von mir als erheblich eingestuft, die geplanten Gebäude sind daher zu allen Seiten vollständig und hinreichend einzugrünen.</p> <p><u>Klimaschutz</u> Verbindliche Festsetzungen zur Förderung des Klimaschutzes werden nicht genannt. Hier sollten sowohl in der Grünordnung hinsichtlich der Verbesserung des kleinklimatischen Umfeldes (Bäume auf der Parkfläche, Wandbegrünung) als auch in technischer Hinsicht (PV-Anlage, Reduzierung der Versiegelung) verpflichtende Vorgaben in den Satzungstext aufgenommen werden.</p> <p><u>Alleenschutz</u> Im Begründungstext wird auf die Allee entlang der Heronger Straße (L140) hingewiesen, die sich auf Höhe des Plangebietes befindet. Grundsätzlich gilt gemäß § 41 LNatSchG der gesetzliche Schutz von Alleen an öffentlichen oder privaten Verkehrsflächen und Wirtschaftswegen. Die Beseitigung von Alleen sowie alle Handlungen, die zu deren Zerstörung, Beschädigung oder nachteiligen Veränderung führen können, sind verboten:</p>	<p>Zum Klimaschutz: Der Festsetzungskatalog erfolgte zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans nach Vorliegen aller erforderlichen Fachplanungen und Gutachten. Für die Belange des Klimaschutzes sind insbesondere die Ergebnisse des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags relevant. Dieser enthält einen umfangreichen Katalog an Bepflanzungsmaßnahmen, die im Bebauungsplan Berücksichtigung gefunden haben.</p> <p>Zum Alleenschutz: Aussagen zum Schutz der bestehenden Allee sind in den Bebauungsplan aufgenommen worden. Ein Hinweis befindet sich auf der Planurkunde, ergänzende Erläuterungen sind im Umweltbericht enthalten. Im Rahmen des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags wurde dargelegt, dass negative Auswirkungen auf die nächstgelegenen geschützten Alleebäume südwestlich der Planfläche ausgeschlossen werden können.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan EyII Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Demnach und aufgrund des Vermeidungsgebots nach § 15 BNatSchG ist zunächst -u. U. auch durch einen Ortstermin- zu prüfen, ob die Erschließung so umgesetzt werden kann, dass die Allee unbeschadet bleibt. Eine Aussage zur Betroffenheit der Allee bzw. der Nachweis der Unvermeidbarkeit eines Eingriffs fehlen jedoch vollständig.</p> <p>Sollte eine Alternativplanung nachweislich nicht möglich sein, ist eine Befreiung für die Fällung der Alleebäume bei der Unteren Naturschutzbehörde unter Beteiligung anerkannter Naturschutzvereinigungen (§ 66 LNatSchG Abs. 1, Nr. 3 c) und des Naturschutzbeirats (§ 75 Abs. 1 LNatSchG) einzuholen. Darüber hinaus ist der Nachweis der Ersatzpflanzung von Alleebäumen in geeigneter Qualität und sortengleicher Art zu erbringen, um auf diese Weise dem gesetzlichen Gebot der nachhaltigen Sicherung und Entwicklung des Alleenbestands zu gewährleisten. Ich verweise hierzu auf § 41 LNatSchG Abs. 3.</p> <p><u>Eingriffsbilanzierung</u> Im weiteren Verfahrensschritt sind auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung und unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festzusetzen. Ein Landschaftspfle-</p>	<p>Zur Eingriffsbilanzierung: Die geforderte Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung erfolgte im Rahmen des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags. Der vollständige Ausgleichsbedarf kann plangebietsintern nachgewiesen werden. Externe Ausgleichsmaßnahmen sind nicht erforderlich.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>gerischer Begleitplan liegt noch nicht vor. Eine abschließende Beurteilung der Planung ist daher erst nach Vorlage der o.g. Gutachten möglich.</p> <p><u>Kompensation des Eingriffs</u> Zur rechtlichen Sicherung der Eingriffskompensation bitte ich Folgendes zu berücksichtigen:</p> <p>Die erforderliche Einbindung der Planfläche soll allseitig durch Sichtschutzpflanzungen erfolgen. Hierbei ist einzuplanen, dass die dafür notwendigen Flächen ausreichend dimensioniert sind, um eine adäquate Bepflanzung aufzunehmen.</p> <p>Die Bepflanzung ist auf der Planurkunde hinreichend zu bestimmen, so dass eine eindeutige Funktionserfüllung erfolgen kann. Hierzu sind Angaben sowohl zur Flächengröße als auch zur Qualität und Quantität der Bepflanzung erforderlich (Flächengröße: Länge und Breite, Pflanzung: Pflanzenarten, Anzahl, Gehölzqualitäten, Pflanzabstände, Höhenstaffelung).</p> <p>Sollte neben der Eingrünung des Plangebietes weitere Kompensation erforderlich sein, bitte ich dies auf der Planurkunde entsprechend darzustellen: Bei Inanspruchnahme eines Ökokontos ist die Ausgleichssumme unter Nennung des zu belastenden Ökokontos anzugeben; ein</p>	<p>Zur Kompensation des Eingriffs: Abschließende Aussagen zur Eingrünung der Fläche sowie zum ökologischen Ausgleich insgesamt wurden nach Vorliegen des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags vorgenommen.</p> <p>Die Bepflanzungsmaßnahmen wurden bereits mit der Unteren Naturschutzbehörde vorabgestimmt.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Nachweis über den Erwerb von Ökopunkten bzw. eine Abbuchungsanzeige aus einem von der UNB anerkannten Konto ist vor Satzungsbeschluss zu erbringen.</p> <p>Externe Ausgleichsflächen, die dem Bebauungsplan zugeordnet werden, sind ebenfalls im Bebauungsplan aufzuführen.</p> <p><u>Als Untere Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde:</u></p> <p>Grundsätzliche Bedenken gegen das Vorhaben bestehen nicht; ich rege an auch die DIN 19639 (Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben) in die Hinweise aufzunehmen und danach zu verfahren.</p> <p>Grundsätzliche Bedenken bestehen nicht, ich rege jedoch an, folgenden Hinweis aufzunehmen: Für abzuschleppendes und/oder auszuhebendes Bodenmaterial ab 500 m³ ist ein Entsorgungskonzept gemäß § 2 a (3) Landeskreislaufwirtschaftsgesetz NRW zu erstellen.</p> <p><u>Als Untere Immissionsschutzbehörde:</u></p> <p>Bei der Nutzung und dem Betrieb von Rettungswachen und Feuerwehrgerätehäusern kommt es zu Lärmemissionen. Daher kann es zu einer Konfliktsituation der geplanten Ret-</p>	<p><u>Zur Unteren Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde:</u></p> <p>Der Anregung wird gefolgt. Entsprechende Hinweise zum Bodenschutz werden auf die Planurkunde aufgenommen bzw. waren dort bereits enthalten.</p> <p><u>Zur Unteren Immissionsschutzbehörde:</u></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine detaillierte Betrachtung der schalltechnischen Belange und</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan EyII Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>tungswache und des Feuerwehrgerätehauses mit der vorhandenen schutzbedürftigen Nutzung kommen. Im Rahmen der weiteren Planungen sind daher die zu erwartenden Lärmimmissionen zu untersuchen.</p> <p>Laut Begründung ist der Kreis 'Kleve Betreiber der geplanten Rettungswache. In diesem Zusammenhang weise ich auf § 3 -Zuständigkeiten gegenüber Kreisen und kreisfreien Städten- der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) hin.</p> <p>Für den Vollzug der unter § 1 Absatz 1 der ZustVU genannten Rechtsvorschriften gegenüber Kreisen und kreisfreien Städten ist die Bezirksregierung zuständig, soweit in Anhang II nichts anderes bestimmt ist. Gegenüber einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform findet Satz 1 nur Anwendung, wenn einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt mehr als 50 Prozent der Anteile an dem Unternehmen oder der Einrichtung in Gesellschaftsform gehören.</p> <p>Aufgrund des Zaunprinzips entsprechend der ZustVU fällt die Bewertung der Feuerwache ebenfalls in die Zuständigkeit der Bezirksregierung.</p> <p>Somit ist spätestens im Baugenehmigungsverfahren die</p>	<p>insbesondere der Frage nach einer Beeinträchtigung umliegender schutzwürdiger Nutzungen durch den Einsatzbetrieb an dem betreffenden Standort ist in den Bebauungsplanunterlagen enthalten.</p> <p>Die schalltechnische Untersuchung liegt vor. Dieser ist zu entnehmen, dass eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte der TA Lärm an den nächstgelegenen Wohnnutzungen im Regelbetrieb der Feuer- und Rettungswache nicht zu erwarten ist.</p> <p>Hinzu kommt, dass das Schutzinteresse von Anwohnern gegenüber möglichen Lärmbelastungen im Einsatzfall mit Martinshorn im Einsatzfall aufgrund des höher zu bewertenden öffentlichen Interesses an der durch die Feuerwehr zu leistenden Gefahrenabwehr zurücksteht. Die mit dem Feuerwehr- und Rettungsbetrieb einhergehenden Geräusche wie insbesondere Martinshörner sind als sozialadäquat anzusehen. Sie sind notwendig, unvermeidbar und treten nicht kontinuierlich auf.</p> <p>Die Angaben zu den Zuständigkeitsregelungen werden ebenfalls zur Kenntnis genommen.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Immissions-schutzbehörde zu beteiligen. Es bietet sich an, die Bezirks-regierung Düsseldorf bereits im Rahmen der Bauleitplan-ung zu beteiligen.	
13	IHK Industrie- und Handelskammer vom 14.06.2023	<p>Unsere Stellungnahme gilt gleichermaßen für die Flächen-nutzungsplanänderung und den Bebauungsplan.</p> <p>Mit der Bauleitplanung sollen die planungsrechtlichen Vo-raussetzungen für die Verlegung eines Feuerwehrgerä-tehauses bzw. die Errichtung einer neuen Rettungswache im Ortsteil Eyll geschaffen werden. Zu diesem Zweck wird die Darstellung des Flächennutzungsplanes geändert von „Flächen für die Landwirtschaft“ in „Flächen für den Ge-meinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Feuerwehr/Ret-tungswache“. Im Bebauungsplan werden eine entspre-chende Gemeinbedarfsfläche und eine verkehrliche Zuwe-gung festgesetzt.</p> <p>Seitens der IHK bestehen keine Bedenken gegen die Pla-nung.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
14	Wald und Holz NRW vom 15.06.2023	Zu den o.a. Vorgängen bestehen forstbehördlich keine Be-denken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
15	Geologischer Dienst NRW vom 19.06.2023	Zu o. g. Verfahren gebe ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung folgende Informationen und Hinweise:	

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Erdbebengefährdung</p> <p>Es wird auf die Bewertung der Erdbebengefährdung hingewiesen, die bei Planung und Bemessung üblicher Hochbauten gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW mit DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen ist.</p> <p>Die Erdbebengefährdung wird in DIN 4149:2005 durch die Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen eingestuft, die anhand der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1:350 000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Geologischer Dienst NRW 2006) bestimmt werden. In den Technischen Baubestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf die Verwendung dieser Kartengrundlage explizit hingewiesen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Das hier relevante Planungsgebiet liegt in der Gemeinde Kerken, Gemarkung Eyll und ist der Erdbebenzone 0 sowie der geologischen Untergrundklasse T zuzuordnen. <p>Bemerkung: DIN 4149:2005 wurde durch den Regelsetzer zurückgezogen und durch die Teile 1, 1/NA und 5 des Eu-</p>	<p><u>Zur Erdbebengefährdung:</u></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis zu den Untergrundklassen und Erdbebenzonen ist im Umweltbericht enthalten.</p>

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>rocode 8 (DIN EN 1998) ersetzt. Dieses Regelwerk ist jedoch bislang bauaufsichtlich nicht eingeführt. Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 „Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte“.</p> <p>Innerhalb der Erdbebenzone 0 müssen gemäß DIN 4149 für übliche Hochbauten keine besonderen Maßnahmen hinsichtlich potenzieller Erdbebenwirkungen ergriffen werden. Es wird jedoch dringend empfohlen, im Sinne der Schutzziele der DIN 4149 für Bauwerke der Bedeutungskategorien III und IV entsprechend den Regelungen nach Erdbebenzone 1 zu verfahren. Dies gilt insbesondere z. B. für Feuerwehrhäuser etc..</p> <p>Baugrund</p> <p>Die Baugrundeigenschaften sind objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten. Gegebenenfalls sind Maßnahmen zur Verbesserung des Baugrundes erforderlich.</p>	<p><u>Zum Baugrund:</u></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sowohl für die Rettungswache als auch für das Feuerwehrgerätehaus liegen inzwischen Baugrunduntersuchungen vor. Grundaussagen dieser Gutachten wurden, je nach Relevanz, in die Begründung bzw. den Umweltbericht zum Bebauungsplan aufgenommen.</p>
16	RMR Rhein-Main-Rohrleitungstransportges. mbH	Von der vorgenannten Maßnahme werden weder vorhan-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.

Gemeinde Kerken, Bebauungsplan Eyll Nr. 9 – Rettungswache/Feuerwehrgerätehaus –

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Ldf. Nr.	Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
	vom 02.06.2023	<p>dene Anlagen noch laufende bzw. vorhersehbare Planungen der RMR-GmbH sowie der Mainline Verwaltungs-GmbH betroffen.</p> <p>Falls für Ihre Maßnahme ein Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft gefordert wird, muss sichergestellt sein, dass dieser nicht im Schutzstreifen unserer Leitungen stattfindet.</p> <p>Sollten diese Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, bitten wir um erneute Beteiligung.</p>	<p>Der erforderliche Ausgleich kann vollständig im Plangebiet realisiert werden. Eine externe Ausgleichsfläche ist nicht erforderlich.</p> <p>Dies betrifft die nachfolgende Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.</p>